

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 24

Ausgegeben am 13. September 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Englands Verlangen nach dem deutschen Kolonialbesitz.

Von Heinrich Cunow.

Die spöttische Antwort des britischen Blockadeministers Lord Robert Cecil auf die Versöhnungsrede des deutschen Staatssekretärs des Kolonialamts Dr. Solz hat, wie die Äußerungen linksliberaler Blätter zeigen, manche liberalen Ideologen schmerzlich enttäuscht. Mit einer gewissen Verblüffung konstatieren sie, daß Lord Cecils anmaßende Redensarten wenig Geneigtheit der englischen Regierung zum Eintritt in Friedensverhandlungen bekunden und es allem Anschein nach doch recht schwer sei, »sich mit englischen Ministern zu verständigen«. Diese Enttäuschung ist begreiflich. Seit langem behaupten diese Illusionspolitiker, daß, wenn die deutsche Regierung sich nur dazu verstehen wolle, bündig zu erklären, daß sie auf jede Annexion Belgiens oder belgischer Gebietsteile verzichte, ein großer Schritt zur Anbahnung von Friedensverhandlungen getan sei — und nun erfolgt auf jede Versicherung von deutscher Seite, daß man bereit sei, Belgien zurückzugeben, eine immer höhnischere Abweisung durch die Mitglieder des englischen Kabinetts. Auf die Friedensplädoyers des Herrn v. Kühlmann und des Grafen Czernin folgte die Antwort, diese beiden Diplomaten besäßen keine ausreichende Autorität und ihre Äußerungen könnten deshalb in keiner Weise als verbindliche Zusicherungen der deutschen Regierung gelten, die England zu befriedigen vermöchten. Und als dann der deutsche Reichskanzler am 11. Juli im Hauptausschuß des Reichstags wiederholte: »Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behalten«, und hinzufügte, daß das »nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen keinem als Vasall untertan« fortbestehen solle, fand man in den englischen Regierungskreisen wiederum, daß das Zugeständnis des deutschen Reichskanzlers durchaus nicht genüge, Deutschland müsse zugleich die Verpflichtung übernehmen, Belgien volle Entschädigung zu leisten, und ferner müßten die deutschen Truppen als Garantie für den Verzicht auf jede Annexion sofort das belgische Gebiet räumen.

Auf die Rede Solzs in der »Deutschen Gesellschaft von 1914«, in der dieser unter Berufung auf die obigen Worte des Reichskanzlers deutlich erklärte: »Der Wiederherstellung Belgiens steht nichts im Wege als der Kriegswille unserer Feinde«, andererseits aber die Erhaltung unseres kolonialen Besitzes als eine »Ehren- und Lebensfrage für Deutschland« bezeichnete, hat England mit einer noch brüskeren Abweisung geantwortet. Lord Cecil erklärte zwar mit einer halben Anerkennung, die von dieser Seite nur als beleidigende Anmaßung gelten kann, der deutsche Staatssekretär des Kolonialamts hätte mit seiner Rede endlich einen Schritt »zu ungesunden Menschenverstand zurückgemacht«, doch genüge

ihm auch dessen Zusicherung nicht, denn falls seine Erklärung nur eine Umschreibung der Kanzleräußerung sei, bedeute sie wenig, »da sie für die Zukunft keine Wiederherstellung Belgiens« (soll heißen keine »Entschädigung Belgiens«) verspreche. Zugleich aber kündete der englische Minister an, daß England die besetzten deutschen Kolonien zu behalten gedenke. Als gutgeschulter Diplomat, der seine Worte zu wählen weiß, sagte er zwar nicht direkt, England beabsichtige sie zu annektieren, er erklärte nur: »Es sei unmöglich, daß Deutschland die Kontrolle über seine Kolonien wiedererlangen könne« — erstens, da die deutsche Kolonialherrschaft unmenschlich sei, zweitens, da sie eine Gefahr für das britische Reich bilde. Um diese erste Behauptung — die zweite nimmt allem Anschein nach Herr Robert Cecil ohne weiteres als einleuchtend an — zu beweisen, soll demnächst ein englisches Blaubuch über die deutsche Regierungsweise in den deutschen Kolonien erscheinen: eine Schrift, die doch wohl nur den Zweck hat, zur Begründung der von England geplanten Annexion zu dienen.

Weniger diplomatisch als Lord Cecil verfuhr die englische Presse in ihrer Kritik der Solfschen Rede. Sie sagte ganz offen, als Faustpfand, um England zu zwingen, Deutschland seine afrikanischen Kolonien zu belassen, dürfe in keinem Falle Belgien betrachtet werden; die deutschen Truppen müßten sofort ohne jede Bedingung aus Belgien zurückgezogen und Belgien volle Vergütung für die ihm aus der Okkupation erwachsenen Schäden zugesichert werden, erst dann könne von einem Eintritt in Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen die Rede sein.

Doch auch diese Blätter sind noch nicht ganz aufrichtig. Wie weite Kreise der englischen Industrie- und Handelswelt tatsächlich denken, zeigte die vornehmlich in den Kreisen der englischen Großindustriellen und des Landadels gelesene, während der Kriegszeit wieder hochgekommene »Morning Post« (ein Blatt, an dessen Besitz neben der Lady Bathurst vornehmlich deren Schwiegerson, der bekannte Botschafter Buchanan, der frühere Kolonialminister Lewis Vernon Harcourt und der General Marse beteiligt sind), indem sie auf Solfs Ausführungen entgegnete, daß es sich für England nicht bloß um die deutschen Kolonien handle, sondern um die wirtschaftliche Mattsetzung Deutschlands. Das Blatt meinte ganz trocken:

Den Deutschen die Kontrolle ihrer Kohlen- und Eisenminen zu belassen, die sie so gewissenlos mißbraucht haben, wäre ein Verrat an der Sache der Zivilisation und würde es Deutschland ermöglichen, sich für den nächsten Krieg zu rüsten. Es wäre zwecklos, das Leben von zahllosen Männern zu opfern, wenn der Feind schließlich im Besitz der Mittel zu neuen Kriegen belassen wird. Wir können den Freunden Deutschlands in diesem Lande versichern, daß das englische Volk es nicht dulden wird, daß das Blut seiner Söhne, Brüder und Männer vergeblich vergossen sein soll. Die Kontrolle seiner Rohmaterialien darf Deutschland auf einige Zeit nach dem Kriege nicht anvertraut werden. Wie lange dieser Zeitraum dauern soll, wird von der guten Ausführung des deutschen Volkes abhängen. Man wird uns natürlich beschuldigen, daß wir selbstsüchtige Bestrebungen zu verschleiern suchen, um ungeheuren Reichtum im Namen der Gerechtigkeit an uns zu reißen. Was uns mehr beunruhigt als solche Anschuldigungen, ist das augenscheinliche Zögern unserer Regierung, dieser Frage zu begegnen. Unsere Regierung versteht so wenig das Wesen der modernen Kriegsführung, daß sie sogar die eigene Kohlen- und Eisenproduktion vernachlässigt hat.

Daß der Erfolg der Solffschen Rede in England kein anderer sein würde, war vorauszusehen. Ich nehme deshalb auch an, daß der deutsche Staatssekretär des Kolonialamts, der sich über die Kriegsziele und Kriegsstimmung in den maßgebenden politischen Schichten Englands kaum täuschen dürfte, seine Rede weit mehr als für die englischen Regierungspolitiker für die Neutralen und die in Deutschland allzu reichlich vorhandenen Ideologen gehalten hat, um diesen zu demonstrieren, daß es sich für die englische Bourgeoisie um ganz etwas anderes handelt als um die »Befreiung« Belgiens. In die Absicht der deutschen Regierung, Belgien oder auch nur einen Teil von dessen Gebiet zu behalten, glaubt man in England, wenigstens in den leitenden politischen Kreisen, längst nicht mehr. Soweit dieser Glaube einst bestand, ist er völlig verflogen; wohl aber nimmt man in England an — und diese Ansicht ist durch Dr. Solffs gleichzeitige Erwähnung Belgiens und der deutschen Kolonien noch verstärkt worden —, daß die deutsche Regierung bei den Friedensverhandlungen Belgien als Faustpfand zu benutzen gedenkt und erklären wird: »Nun wohl, wir sind damit einverstanden, Belgien zu räumen, seine staatliche Selbständigkeit anzuerkennen und auch, falls es gewünscht wird, seine frühere Neutralität zu garantieren, aber Bedingung für dieses Zugeständnis ist, daß auch die deutschen Kolonien von den feindlichen Truppen geräumt werden.«

Belgien soll nach englischem Verlangen nicht nur bedingungslos der Entente ausgeliefert und entschädigt, sondern auch schon vor dem Beginn der Friedensverhandlungen geräumt werden, damit es nicht bei diesen als Pressionsmittel benutzt werden kann; denn es ist der feste Wille Englands und seiner selbständigen Kolonien, die deutschen Kolonialgebiete zu behalten. Der australische Staatenbund und Neuseeland spekulieren auf die deutschen Südseebesitzungen, und die südafrikanische Republik wünscht die Angliederung Deutsch-Südwestafrikas. Eine Nichtbeachtung dieser Wünsche würde diese Kolonialstaaten in eine Opposition gegen das englische Mutterland treiben, die heute für dieses unbequemer wäre als jemals vorher. Zudem aber braucht England nach seiner Auffassung die deutschen Kolonien, weil sie erstens, wie sich Lord Cecil in seiner Antwort auf Dr. Solffs Rede ausdrückte, »eine Gefahr für das britische Reich« bilden könnten, das heißt, weil sie der Weltmachtstellung Englands hinderlich sein und bei späterer Verwicklung Englands in große Kriege zu Stützpunkten eines deutschen Angriffs auf das englisch-afrikanische Kolonialgebiet werden könnten, zweitens, weil sie sich zu »großen Stapelplätzen« zu entwickeln, also Deutschland in Zukunft von dem britischen Weltrohstoffmarkt bis zu gewissem Grade unabhängig zu machen vermöchten, drittens, weil dadurch erst die feste Zusammenfassung aller afrikanischen Kolonialbesitzungen zu einem großen britisch-afrikanischen Kolonialreich und die Durchführung der geplanten großen Eisenbahnverbindung Kairo's mit der Kapstadt möglich wird, und viertens, weil solche Herfestellung eines britischen Afrikareiches zugleich die besten Garantien für die Beherrschung Indiens bietet. Die Türkei ist, so kalkuliert man in den englischen Kolonialkreisen, durch den Krieg völlig geschwächt, Ägypten bleibt fest in Englands Hand, während die Süd- und Westküste Arabiens, Hadramaut, Oman und El Hasa, die schon heute ganz unter englischem Einfluß stehen, sich leicht völlig in englische Satrapien umwandeln lassen, das be-

setzte Südmesopotamien und das Gebiet von Irak-Arabi wird englische Kronkolonie, und Armenien wird von der Türkei losgerissen und zu einem englischen Schutzstaat gemacht. So droht künftig der englischen Herrschaft in Indien aus asiatischen Gebieten keine Gefahr mehr, da nach dem Rückzug der Russen aus Persien auch dieser Staat völlig unter englischem Machtgebot steht. Fehlt nur noch zur Sicherung der Seewege nach Indien und Westozeanien die Herrschaft über Afrika, und diese wird erreicht durch die Annexion der deutsch-afrikanischen Kolonien und den Erwerb der portugiesischen Besitzungen Angola und Mosambik.

So hofft man, das englische Weltkolonialreich auf einer festeren und breiteren Basis konsolidieren zu können als bisher, gefeit gegen alle künftigen Angriffe des sogenannten deutschen »Militarismus«. Von diesem Gesichtspunkt aus erklärt sich auch, weshalb sich zurzeit einflussreiche Kreise und Blätter des Inselreiches, die bisher so schön mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu jonglieren verstanden, heftig gegen die nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen der indischen Intellektuellen und den vom Staatssekretär für Indien Lord Montagu ausgearbeiteten dilatorischen Reformplan wenden, während zugleich von anderer Seite gefordert wird, Deutsch-Ostafrika nach dem Kriege unter indische Verwaltung zu stellen und mit indischen Eingeborenen zu besiedeln — also es gewissermaßen zu einem Vorfeld und einem Machtsstützpunkt der indischen Verwaltung zu machen.

Je mehr sich aber England auf die Annexion des deutschen Kolonialbesitzes versteift, desto nötiger ist es, daß das deutsche Volk mit aller Kraft auf der Rückgabe besteht. Es handelt sich nicht bloß darum, daß durch die Gewinnung der deutschen afrikanischen und ozeanischen Kolonien Englands Weltmachtsstellung noch mehr gestärkt und Deutschland auf lange Zeit in den Hintergrund gedrängt würde, es handelt sich vielmehr, wie Dr. Solz ganz richtig sagte, um eine Lebensfrage Deutschlands, um eine Frage seiner künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, an der auch die deutsche Arbeiterschaft in hohem Maße interessiert ist. Die Kolonialfrage hat heute für das deutsche Wirtschaftsleben und seine Ausgestaltung eine ganz andere Bedeutung als vor dem Kriege. Solange die deutsche Industrie sich auf den englischen Kolonialmärkten zu ungefähr gleichen Bedingungen wie England selbst mit Rohstoffen zu versorgen vermochte und ihre Industrieerzeugnisse auf diesen Märkten ungehindert Absatz fanden, wenn auch in einzelnen englischen Kolonien infolge der dort dem englischen Mutterland eingeräumten Vorzugszölle unter ungünstigeren Konkurrenzverhältnissen als die englischen Waren, hatten die deutschen Kolonialgebiete in wirtschaftlicher Beziehung nur als Anlagemärkte für den deutschen Kapitalexport und daneben höchstensfalls als mitwirkende Faktoren bei der Preisbildung bestimmter Rohstoffe einen gewissen Wert. Das ändert sich aber, sobald England sein enges Verhältnis zu seinen Kolonien dazu benützt, sich auf deren Rohstoffe ein Vorrecht oder Monopol zu sichern und entweder Deutschland vom Rohstoffbezug auszuschließen oder der konkurrierenden deutschen Industrie die Rohmaterialien dermaßen zu verteuern, daß sie unter wesentlich schlechteren Bedingungen zu arbeiten gezwungen ist. Darauf aber geht heute das Bestreben einflussreicher gewerblicher und politischer Kreise Englands hinaus. Die einst von Joe Chamber-

lain propagierte Idee einer Imperial Federation (Reichsvereinigung), das heißt einer Vereinigung Englands mit seinen selbständigen Kolonien zu einem Zoll- und Wirtschaftsbund, hat unter dem Einfluß der Kriegslage in England wie auch in Australien, Neuseeland und Kanada rasche Fortschritte gemacht. Nachdem der zur Untersuchung der zukünftigen Handelslage eingesetzte »Auschuß für die Handels- und Industriepolitik des Reiches« unter Balfours Leitung sich in seinem Bericht offen für eine wirtschaftspolitische Vereinigung Großbritanniens mit seinen Kolonien und der gegenseitigen Gewährung von Vorzugszöllen ausgesprochen hatte, konnte bereits am 27. April vorigen Jahres Bonar Law in der Sitzung des Unterhauses erklären, der britische Kriegsrat, dem damals auch die in London befindlichen Vertreter der englischen überseeischen Dominien angehörten, hätte einstimmig beschlossen, daß jeder Teil des britischen Reiches künftig dem Handel der anderen Teile besonders günstige Bedingungen und Erleichterungen gewähren solle.

Seitdem hat der Gedanke der Gründung eines Reichszollverbandes innerhalb der Interessentenkreise der englischen Wirtschaftskorporationen eine solche Ausdehnung gewonnen, daß heute an der Verwirklichung des Planes einer Imperial Federation nicht mehr gezweifelt werden kann, wenn auch noch nicht abzusehen ist, in welcher Form dieser Verband entstehen wird. Selbstverständlich folgen nicht alle Handelskreise der neuen Fahne; die Anhänger der alten traditionellen Freihandelslehre opponieren. Aber daraus zu schließen, aus der Vereinigung werde schließlich nichts werden, zeugt von derselben Weisheit wie die vor dem Krieg immer wieder aufgetischte beliebte Behauptung, der Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und England sei schon deshalb undenkbar, weil beide Länder gegenseitig ihre besten Kunden seien.

Aber nicht nur die Errichtung eines britischen Reichsverbandes wird mit rücksichtsloser Konsequenz angestrebt, zugleich trifft man in England alle Vorbereitungen, den Wirtschaftskrieg gegen Deutschland nach Friedensschluß fortzusetzen und der deutschen Industrie die Einfuhr der zur Wiederaufnahme der industriellen Tätigkeit erforderlichen Rohstoffe unmöglich zu machen. Systematisch hat England während der Kriegszeit in den Ententestaaten alle deutschen Handelsorganisationen zerstört, die deutschen Firmen aufgelöst, Kapital und Waren beschlagnahmt, die Geschäftsbücher durchstöbert, die Patente geraubt, über die Kaufleute der neutralen Länder, die mit deutschen Geschäftshäusern in Verbindung standen, die Sperre verhängt und in seinen Kolonien, vornehmlich Australien und Indien, große Massen von Rohstoffen aufgekauft, um nach Beendigung des Krieges deren Ausfuhr nach Deutschland zu verhindern. Und nachdem diese Vorbereitungen zur Fortsetzung des Wirtschaftskrieges getroffen waren, hat darauf bekanntlich im Juli dieses Jahres das englische Kriegskabinett ein System der Vorzugszölle für den Handel zwischen Großbritannien und seinen Kolonien genehmigt, während zugleich das englische Unterhaus in dritter Lesung den Gesetzentwurf zur Verhinderung des Handelsverkehrs mit den feindlichen Mittelmächten annahm — mit der zusätzlichen Bestimmung, daß die Beschlagnahme feindlicher Banken nicht nur während der ersten fünf Jahre nach Friedensschluß andauern soll, sondern bis zur formellen Aufhebung dieses Erlasses durch das Parlament.

Welche Absichten die englische Handels- und Industriebourgeoisie mit solchen Maßnahmen verfolgt, hat schon im voraus am 19. Mai der »Observer«, das führende Blatt der englischen Schutzöllner und Reichsverbändler, enthüllt, indem es im Anschluß an die damals von der englischen Regierung angekündigte Kündigung aller die Meistbegünstigungsklausel enthaltenden britischen Handelsverträge und die dazu vom Präsidenten des Handelsamts Sir Albert Stanley abgegebenen Erläuterungen ausführte:

Sollte der Friede nicht völlig hergestellt werden (gemeint ist: Sollte England zum Friedensschluß genötigt sein, ohne seine Kriegsziele völlig erreicht zu haben), so werden wir und unsere gegenwärtigen Verbündeten alle erdenklichen wirtschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen ergreifen müssen. Etwas, wie die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, wird dann verwirklicht werden, und das Lebensinteresse der gegenwärtigen Alliierten wird sie dazu zwingen, sich gegenseitig auf jede Weise wirtschaftlich stark zu machen. Dann werden Vorzugszölle für unsere Kolonien und unsere Verbündeten in Kraft treten mit der Befugnis, alle diejenigen Länder unter fortbauender Sperre zu halten, die etwa ablehnen sollten, sich dem Bunde der Alliierten anzuschließen und greifbare Garantien für die Sicherheit der gesamten Welt zu bieten. Die deutsche Presse hat wiederholt energisch darauf hingewiesen, teilweise sogar nach ihrer Art unter Jornesausbrüchen, daß das Recht Deutschlands, die Wohltaten der Meistbegünstigung auf allen englischen und verbündeten Märkten zu genießen, unweigerlich bestehenbleibe, ungeachtet aller deutschen Missetaten während des Krieges, und möge Deutschlands Lage nach dem Kriege sein, wie sie wolle. Solcher unangebrachten Forderungen verfehlt die Aufkündigung aller britischen Meistbegünstigungsverträge einen gewaltigen Schlag. Großbritannien erklärt sich hierdurch bereit und willig, die wirtschaftliche Waffe mit vollem Defensiv- und Offensivverfolg zur Anwendung zu bringen, im Einvernehmen mit seinen Kolonien und seinen Verbündeten....

Jetzt, wo Deutschland über Österreich-Ungarn und darüber hinaus seine wirtschaftlichen Nöte wirft und sich gewaltig anstrengt, sich von den Folgen unserer Blockierung zu erholen und womöglich die Verbündeten im Frieden ebenso zu überraschen, wie sie durch den Krieg überrascht wurden, kann unsere heimische Wirtschaftsstellung nicht stark genug gemacht, der Zusammenschluß des britischen Weltreiches nicht innig genug gestaltet, können unsere wirtschaftlichen Bündnisse nicht zu weit ausgedehnt werden. Was hierüber der Präsident des Handelsamtes Sir Albert Stanley sagte, war in mancher Hinsicht vorzüglich. Er zeigte, wie die Schwierigkeiten der letzten vier Jahre den Beweis erbracht haben, daß unser Land gewaltige Reserven an wirtschaftlicher Lebens- und Arbeitskraft enthält. Unser ganzes Transportsystem wird neu aufgestellt, die Eisenbahnen verbessert, die Kanal-, Kraftwagen-, Luftpostdienste erweitert, die Schifffahrt gefördert, alles in ein System gebracht werden. Unsere Eisen- und Stahlindustrie, der gesamte Metallhandel wird auf eine neue Grundlage gestellt werden. Der Baumwollhandel fand Sir Stanleys besondere Beachtung. Er wird, ebenso wie andere Textilgewerbe, in der Lage sein, alle Rohmaterialien, die nur zu erlangen sind, auch zu verarbeiten.

Das Absperrungssystem, das England während des Krieges gegen Deutschland befolgt hat, soll fortgesetzt, die Wiedererstarkung der deutschen Industrie nach Friedensschluß durch Vorenthaltung der nötigen Rohstoffe möglichst gehemmt und dadurch verhindert werden, daß in Deutschland aus den Ruinen neues Leben erblüht. Gegenüber diesem niederträchtigen Plan aber gibt es neben dem weiteren Ausbau der Erzeugstoffindustrien und einer engeren handelspolitischen Verknüpfung Deutschlands mit den östlichen

Randstaaten, Großrußland und dem Orient kein besseres Mittel als Zurückgewinnung der bisherigen deutschen Kolonialgebiete und möglichen Ausbau derselben zu einem sicheren, einheitlichen Kolonialbesitz. Zwar vermag zunächst nach dem Kriege auch die Wiedererlangung der deutschen Kolonien das deutsche Wirtschaftsleben nicht gegen die von England geplante Rohstoffperre zu schützen, denn auch in den Schutzgebieten wird die volle Wiederaufnahme der alten Produktionsstätigkeit mehrere Jahre beanspruchen; aber zur späteren wirtschaftlichen Wiedererstarkung Deutschlands vermag ein eigener Kolonialbesitz, wenn er in weiterem Maße als bisher zum Anbau fehlender Rohstoffe ausgenutzt wird, manches beizutragen. Bleiben wir auch dann noch bis zu einem gewissen Grade auf die Rohstoffmärkte Nordamerikas, Englands und seiner Kolonien angewiesen, so vermögen wir uns doch im Verein mit einer nach dem Osten und Norden gerichteten weitstchtigen Handels- und Schifffahrtspolitik wenigstens zu einem beträchtlichen Teil von den diktatorischen Geboten der britischen Kolonialmärkte zu befreien. Zudem handelt es sich nicht nur um die Festhaltung des alten Kolonialbesitzes. Will Deutschland in der kommenden Ära des Finanzkapitalismus und der anglo-amerikanischen Koalition seine in den letzten Jahrzehnten erlangte weltwirtschaftliche Stellung behaupten, muß es seinen Kolonialbesitz ausdehnen.

Zunächst kommen dafür die Reste in Betracht, die Portugal von seinem einst die Welt umspannenden riesigen Kolonialreich übrigbehalten hat und mit denen es heute nichts mehr anzufangen weiß, hatte doch zum Beispiel die größte dieser Kolonien, das 1 270 000 Quadratkilometer große Angola, im Jahre 1913 nur einen Gesamthandel von 28, 1914 von 37 Millionen Mark; ein Handelsverkehr, der überdies, wenn man vom Zollbetrag abzieht, Portugals Volkswirtschaft wenig einbrachte, denn zumeist lag er in deutschen und englischen Händen. Zudem ist es ganz unzweifelhaft, daß, wenn Deutschland diese Gebiete nicht erwirbt, sie in wenigen Jahren von England in Beschlag genommen werden, sei es als Entschädigung für einen Teil der von England dem portugiesischen Staat vorgestreckten Summen, sei es auf dem »humanen« Wege, auf dem sich England in den Besitz der Burenstaaten gesetzt hat.

Auch auf dem Gebiet der Kolonialpolitik hat sich durch den Weltkrieg eine Umwälzung der gesamten Verhältnisse vollzogen. Die alten Formeln, Gründe und Gegengründe, die einst in der Diskussion der sogenannten Kolonialfrage ihre Rolle spielten, haben heute ihre Bedeutung verloren, und aus den neuwerdenden weltwirtschaftlichen Verschiebungen erstehen neue Gründe. Mancher Einwand, der vor dem Kriege in Unbetracht der damaligen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands, der raschen Ausdehnung seines Außenhandels, auch in den englischen Kolonialgebieten, der Freihandelspolitik Englands, der Offenheit der Kolonialmärkte usw. seine Berechtigung hatte, hat unter den neuen wirtschaftlichen Existenzbedingungen Deutschlands und den neuen internationalen Verknüpfungen diese Berechtigung verloren. Diese veränderte Weltwirtschaftslage bedingt, daß auch die deutsche Arbeiterschaft, will sie nicht ihr eigenes Interesse hintanstellen, zur Kolonialfrage eine andere Stellung einnimmt. Ihr weiterer Aufstieg kann sich nur auf der Basis einer ungehemmten Weiterentwicklung des deutschen Wirtschaftsgetriebes vollziehen.
